

# Vollmacht: Notariate günstiger als

*Wer am Postschalter für ein Familienmitglied Sendungen abholen will, benötigt eine Vollmacht. Das Hinterlegen war bisher gratis. Künftig verlangt die Post dafür 24 Franken – im Jahr.*

Laut Angaben der Post hatten am 1. April 2012 rund 650 000 Personen, inklusive Betriebe, eine Vollmacht hinterlegt. Wenn alle die neue Gebühr entrichten, bringt das der Post Jahr für Jahr Zusatzeinnahmen von 15,6 Millionen Franken. Genau genommen sind es noch mehr: Denn die Post verlangt am Schalter beim ersten Mal 36 statt 24 Franken.

## Betrag fällt für jede Person im Haushalt an

Gut und seine Frau haben sich gegenseitig bevollmächtigt. Das heisst, sie müssen nun jährlich 48 Franken Gebühren bezahlen. «Das ist eine Zumutung. Die Post hat fast keinen Aufwand», so Gut. Ein weiterer *saldo*-Leser aus Zürich empört sich: «Das ist eine Frechheit – vor allem weil die Post das Monopol hat und ich keine andere Wahl habe.»



**R**olf Gut aus Binningen BL braucht eine Vollmacht, wenn er für seine Frau bei der Post einen eingeschriebenen Brief oder ein Paket abholen will. Er trägt nicht den gleichen Namen wie seine Gattin. Mitte April erhielt er von der Post ein Schreiben, wonach «die Dienstleistung Vollmacht kostenpflichtig ist». Was bisher gratis war, kostet neu 24 Franken im Jahr.

Eine Alternative für das Hinterlegen gibt es: Wer eine Sendung für eine andere Person abholen will, kann jeweils eine Vollmacht mitbringen. Rechtlich genügt eine schriftliche Vollmacht. Das bestätigt der Generalsekretär des Schweizerischen

Notarenverbands Jean-Pierre Becher. Mit einer Ausweiskopie des Vollmachtgebers könnte der Schalterangestellte die Unterschriften auf Ausweis und Vollmacht vergleichen.

Dieses Vorgehen will aber die Post nicht akzeptieren.

Post-Sprecher Mariano Masserini: «Die Post akzeptiert eine schriftliche Vollmacht oder eine Vollmacht mit Ausweiskopie nicht.» Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass das Dokument missbräuchlich erstellt worden sei.

## ALTERNATIVE

### So umgehen Sie die teure Post-Vollmacht

Die Post verlangt von Ehepaaren und Familienangehörigen mit dem gleichen Familiennamen und der gleichen Wohnadresse keine Vollmacht, um Sendungen am Schalter abzuholen.

Anders bei ledigen Paaren und Ehepaaren mit unterschiedlichen Nachnamen: Sie brauchen eine Vollmacht. Diese konnten sie bisher kostenlos bei der Post unterschreiben und hinterlegen. Neu verlangt

die Post dafür beim ersten Mal 36 Franken, nachher pro Jahr 24 Franken.

Günstiger ist das Beglaubigen einer Vollmacht bei den Notariaten: Je nach Kanton zahlt man dort einmalig 15 bis 50 Franken (BS Fr. 15.–, AG Fr. 20.–, BE Fr. 20.–, ZH Fr. 20.–, SG Fr. 30.–, LU Fr. 50.–). Ein entsprechendes Formular lässt sich auf [www.saldo.ch](http://www.saldo.ch) herunterladen. Gehen Sie mit dem

Formular und einem Ausweis zu einem Notar und lassen Sie es dort beglaubigen. Auch die Beglaubigung eines ausserkantonalen Notariats ist gültig.

Nehmen Sie das beglaubigte Formular jeweils mit auf die Post, wenn Sie eine Sendung für den Vollmachtgeber abholen möchten. Die Post muss die Vollmacht akzeptieren. Tut sie es nicht, wenden Sie sich an *saldo*.

### Auslandpäckli: Noch keine höheren Gebühren

Die Post-Preiserhöhungen für Paketsendungen ins Ausland gingen beim Preisüberwacher noch nicht übers Pult. Die Post plante ursprünglich, auf den 1. April «Economy-Preise» von aktuell 37 bis 252 Franken auf 44 bis 256 Franken zu erhöhen. Und «Priority»-Postpakete von bisher 41 bis 415 Franken auf neu 51 bis 419 Franken. Die Post

schaffte es bis Anfang April nicht, dem Preisüberwacher die Unterlagen zuzuschicken, die für eine vollständige Untersuchung der Angemessenheit der Preise notwendig sind. Mittlerweile sind die Dokumente beim Preisüberwacher eingetroffen. Laut Sprecher Rudolf Lanz dürfte das Analyseergebnis «in den nächsten Wochen vorliegen». *ssc*

# die Post

**Post-geschäft:** Kostenpflichtige Vollmachten bringen einen Zustupf von jährlich 15,6 Millionen

die Unterschrift echt ist.» Missbrauch ist also bei amtlich beglaubigten Vollmachten ausgeschlossen. Trotzdem erklärte die Post zuerst auf Anfrage von *saldo*, solche notariell beglaubigten Formulare nicht zu akzeptieren. Eine Erklärung dafür blieb Postsprecher Masserini schuldig.

## Post hat den Entscheid überdacht

Immerhin: Wenige Minuten vor dem Abschluss dieser *saldo*-Ausgabe sandte die Post eine neue Stellungnahme. Sie habe «die verschiedenen Aspekte des Produktes Vollmacht» nochmals eingehend überprüft. Sie akzeptiere beglaubigte Vollmachten. Sie verlange nur für die Verwaltung und Aufbewahrung einer bei ihr hinterlegten Vollmacht einen «kostendeckenden Preis».

Beatrice Walder

Deshalb schlug *saldo* vor, dass die Postkunden ihr Vollmachtsexemplar von einem Notariat beglaubigen lassen. Das kostet weit weniger, als die Post verlangt (siehe Kasten). Becher: «Die Beglaubigung ist ein rechtliches Zeugnis dafür, dass

# Bund tut nichts gegen überhöhte Handytarife

*Die Mobilfunktarife sind in der Schweiz so hoch wie sonst nirgends. Der Bundesrat anerkennt zwar ein «Senkungspotenzial». Doch weiter passiert nichts.*

Für das mobile Telefonieren im Ausland zahlen Abonnenten bei Swisscom & Co. erheblich mehr als Kunden in andern Industrieländern (*saldo* 7/12). Das Gleiche gilt auch für das Telefonieren im Inland. So das Fazit aus einem Bericht des Bundesrates. Er hat die Mobilfunktarife von 34 Staaten verglichen.

## Ausland mit attraktiven Flatrate-Angeboten

Abonnenten der Schweizer Mobilfunkkonzerne zahlen für 100 Handyanrufe und 140 verschickte Kurzmitteilungen 70 Franken pro Monat. In Spanien, Italien, Tschechien oder Belgien bekommt man das Gleiche für rund 45 Franken, also 35 Prozent billiger. In Frankreich zahlt der Kunde dafür 37 Franken, in Deutschland fallen nur 28 Franken an. Am günstigsten ist das mobile Telefonieren in Österreich. Hier kosten diese Telefonate und SMS im Schnitt 7 Franken pro Monat.

Dass Abonnenten im Ausland mobil viel günstiger



Swisscom: Zockt Handytarife weiter ab

Swisscom-Abo Natel be free zahlt man für die gleiche Leistung 169 Franken im Monat, kann aber noch in beschränktem Mass im Ausland telefonieren.

## Swisscom-Einnahmen für den Bund profitabel

Der Bundesrat anerkennt, dass man «Zweifel daran haben kann», dass der Wettbewerb bei den Mobilfunkdiensten «uneingeschränkt spielt». Er sieht bei den «hohen Preisen» ein «entsprechendes Senkungspotenzial». Doch die Regierung als Mehrheitsaktionärin der Swisscom tut nichts, um die Konsumenten zu schützen.

Die Untätigkeit des Bundesrats ist nicht uneigennützig. Die Swisscom hat für 2011 rund 650 Millionen Franken als Dividende an den Bund überwiesen. Der Konzern gibt seinen Gewinn aus der Mobilfunktelefonie nicht bekannt.

Viele Schweizer Mobilfunknutzer könnten indes ihre Ausgaben fürs mobile Telefonieren senken. In der Schweiz telefonieren laut dem Swisscom-Geschäftsbericht 62 Prozent der Handybesitzer mit einem Abo, im übrigen Europa sind es nur 45 Prozent. Laut einem *saldo*-Tarifvergleich würde es sich für viele Abonnenten lohnen, auf Prepaid-Angebote umzusteigen. Wenigtelefonierer können über 20 Franken im Monat sparen, Vieltelefonierer bis zu 150 Franken.

Eric Breiting

## INITIATIVE «PRO SERVICE PUBLIC»

### Unterschreiben Sie!

Mit der Volksinitiative «Pro Service public» wollen *saldo* und «K-Tipp» dafür sorgen, dass Bundesbetriebe wie SBB, Post und Swisscom nicht in erster Linie hohe Gewinn erwirtschaften. Sie sollen den Bürgern primär einen guten und bezahlbaren Service bieten. Hier gibts-Unterschriftenbogen: «Saldo», Postfach 431, 8024 Zürich, oder Tel. 044 266 17 17.

Die Bogen lassen sich auch unter [www.proservicepublic.ch](http://www.proservicepublic.ch) herunterladen (in der rechten Spalte «Unterschriftenbogen» anklicken) und ausdrucken.

Wichtig: Auf einem Bogen dürfen sich nur Stimmberechtigte eintragen, die in derselben politischen Gemeinde stimmberechtigt sind. Senden Sie auch nicht voll ausgefüllte Listen ein!